

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

296 (19.12.1906) Erstes Blatt

Der Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Nr. 296.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch den 19. Dezember 1905.

26. Jahrgang.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.62 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstr. 24. Telefon: Nr. 128. — Verteilungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr mittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 9—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Unsere heutige Nummer umfasst 2 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Zum Wahlkampf

Wahltag und Auslegung der Wählerlisten. Als Beginn der Auslegung der Wählerliste ist vom Minister des Innern Freitag, der 28. Dezember 1906, bestimmt.

Das Wichtigste ist jetzt zunächst, daß die Einsichtnahme in die Wählerlisten organisiert wird. Die Wahlkomitees müssen sich von den Genossen Vollmacht geben lassen, für sie die Wählerlisten einzusehen. Zu diesem Zwecke müssen Vollmachtslisten unter den Genossen zirkulieren.

Die Wählerlisten liegen nur 8 Tage lang, also vom 28. Dezember bis 4. Januar zur Einsicht offen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen 8 Tagen nach Beginn der Auslegung, also bis zum 4. Januar, bei der Behörde, welche die Auslegung beauftragt gemacht hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden.

Stellt sich heraus, daß man nicht eingetragen ist, so erhebt man Einspruch, am besten schriftlich, zum Beispiel in folgender Form:

Gegen die Wählerliste erhebe ich Einspruch und beantrage meine Aufnahme in die Wählerliste. Dann folgt genaue Angabe des Namens und der Wohnung, eventuell füge man ein Beweisstück bei. Wer nicht in der Wählerliste steht, kann am 25. Januar nicht wählen.

Kann man Abschriften der Wählerliste erhalten? Gewiß. Und zwecks Agitation ist der Besitz einer Abschrift der Wählerlisten sehr notwendig. Die Wahlkomitees wenden sich deshalb schleunigst mit einem Gesuch:

„Hierdurch beantrage ich, mir Abschrift der Reichstagswählerlisten gegen Erstattung der Kosten erteilen zu wollen“, an die Behörde.

Wird die Erteilung einer Abschrift abgelehnt, so merke man sich dies zwecks Wahlprotestes. Die Verweigerung ist insbesondere dann ein Wahlprotestgrund, wenn etwa andere Parteien eine Abschrift erteilt ist. Außerdem verläumt man dann aber nicht, durch Notizen aus der Wählerliste sich selbst eine Abschrift zu fertigen. Wenn durch solche Notizen keine Unzutunlichkeiten entstehen, muß sie gestrichelt werden. Die Behörde kann als triftiger Protestgrund erachtet werden.

Wer ist wahlberechtigt? Zum Reichstag wählen kann jeder Deutsche männlichen Geschlechts, welcher das 25. Lebensjahr am Wahltag zurückgelegt hat, also spätestens am 25. Januar 1882 geboren ist. Auch wer keine Steuern zahlt, ist wahlberechtigt. Muß der in Preußen Wohnende Preuze, der in Bayern Wählende Bayer sein?

Keineswegs, er muß nur Deutscher sein. Ob er Preuze oder Sachse, Hamburger oder Badener, Mecklenburger oder Wipwer, Württemberger oder Ober- oder Niederbayer ist oder welchen der 26 deutschen Vaterländer er sonst angehört, ist für die Wahlberechtigung zum Reichstagswahl ganz gleich. Ausgeschlossen von der Wahlberechtigung sind:

Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, oder über deren Vermögens Konten gerichtliche Eröffnung ist, und zwar während der Dauer dieses Konturverfahrens.

Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre, also seit dem 25. Januar 1906 bezogen haben.

Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Volksgewalt der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Was gehört nicht zur Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern?

Steuerrückstände, Schulgelder, Erlös von Schulgeld, unentgeltliche Beförderung von Lehrmitteln, Aufnahme von Kindern in eine Freischule, Werkstättenzuschüsse an die Kinder und dergleichen sind kein Grund, einen Wähler zum Wahlrecht auszuschließen. Auch ist es nicht als Armenunterstützung zu erachten, wenn jemand infolge eines außerordentlichen Unglücks, zum Beispiel Feuersbrunst, Mißernte, Ueberschwemmung eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhielt. Ebensovien wird als Armenunterstützung die Rückgabe erachtet, die alljährlich in Höhe von Millionen infolge der enormen Rolle auf notwendige Lebensmittel oder durch die Brotmehrfachsteuer reichen Kreisen zugewandt wird. Als Armenunterstützung ist nur das einem Hilfsbedürftigen oder seinen Familienmitgliedern von dem Armenverband oder der Gemeinde gewährte Obdach, der unentgeltliche Lebensunterhalt, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und die Beerdigung zu erachten.

Beispielsweise ein krankes Kind, dessen Vater die erforderliche Pflege nicht beschaffen konnte, in einem Krankenhaus aus öffentlichen Mitteln aufgenommen, so verliert der Vater das Wahlrecht, wenn die Aufnahme in der Zeit zwischen dem 25. Januar 1906 und 24. Januar 1907 erfolgt ist.

Private Wohltätigkeit, Anwendungen aus Stiftungen, Darlehen und dergleichen, sind keine Armenunterstützungen. Ebensovien verliert jemand durch Gewährung des Armenrechtes zur Führung eines Prozesses sein Wahlrecht.

Das Ausland über die Auflösung des Reichstags.

Die gesamte Presse des Auslandes ist sich klar darüber, daß die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen weit hinausgeht über den an sich recht untergeordneten Kolonialkonflikt. Ueberall wird betont, daß die Stunde des Entscheidungstampfes zwischen dem durch parlamentarischen Frielesang kaum verhüllten deutschen Absolutismus und dem deutschen Volk angebrochen ist, daß es sich jetzt endlich, endlich für das Volk darum handelt, mit Mut und Entschlossenheit das alte Deutschland in Trümmern zu schlagen, den Grundstein zu legen zu einem neuen, freien Deutschland, Deutschland endlich, endlich einreden zu lassen in die Reihe der modernen Kulturstaaten!

Wir verzeichnen folgende Stimmen aus der französischen und englischen Presse:

Genosse Jaures bringt in der Humanite unter der Ueberschrift: Ein historischer Tag einen langen Leitartikel, aus dem einiges wörtlich zitiert sei: „Die Auflösung ist ein Ereignis von enormer Tragweite. Soll die Nation im politischen Leben nur eine Paraderolle spielen, oder ist sie dazu berufen, über die Regierung eine wirksame Aufsicht zu führen? Es ist das Problem des wahrhaft parlamentarischen Regierungsmodus, das endlich von deutschen Völkern gelöst werden muß. Der deutsche Reichstag ist vom Kaiser wie die Duma behandelt worden, und die Solidarität des deutschen und des russischen Absolutismus ist von neuem dargetan. Zwischen der kaiserlichen Regierung und dem deutschen Volk ist eine Rechnung aufgemacht worden, die ins Reine gebracht werden muß. Daran hat das deutsche Volk ein ebenso großes Interesse wie die Demokratie Europas.“

Die Lanterne erklärt, Europa habe das höchste Interesse, daß das militärische Regiment in Deutschland sobald wie möglich einem demokratischen Regime des Friedens Platz mache. „Viele schwere Probleme würden gelöst, viele gefährliche Mißverständnisse beseitigt an dem Tage, wo das deutsche Volk seine volle Freiheit erobert habe. Vielleicht nähert es sich jetzt mit einem entscheidenden Schritte diesem Ziel.“

In ähnlicher Weise äußert sich der Figaro.

Aun einige Aeußerungen Londoner Blätter. Die Daily Mail schreibt: Die Sozialisten können die koloniale Frage in den Schatten stellen durch den Aufbruch gegen die teure Kolonialpolitik und den Wahnsinn, welche Resultate der Kolonialpolitik sind. Doch wenn Deutschland eine regierungsfremde Mehrheit wählt, die gegen weitere Mittel für den Krieg stimmt, so ist dies ein heftiger Schlag gegen das Ansehen des Kaisers.“ — Die Tribune sagt: „Der Schlüssel der Situation wird bei den Radikalen (d. h. Sozialisten) liegen. Wenn diese den Mut haben, auf verantwortlicher Regierung zu bestehen, so kann Deutschland schließlich noch eher zur Demokratie kommen als Rußland. Das würde für seine Nachbarn, welche ebenso wie seine eigenen Arbeiterlassen unter der Herrschaft einer selbständigen organisierten Regierungselite gelitten haben, eine willkommene Erleichterung, für Deutschlands Waffen neue Hoffnung bedeuten.“ — Der Daily Express schreibt: „Niemand kann sagen, wo und wie der Streit enden wird. Wahrscheinlich ist, daß eine wirkliche Kräfteprobe zwischen der alten Ordnung und der neuen Ordnung begonnen hat.“ — Das Daily Chronicle meint: „Die Abstimmung war keine Sünde gegen die Nation, wie der Kanzler sie nannte, sondern ein ärgerlicher, verurteilter Protest gegen die Kolonialskandale.“ — Die Morning Post erklärt: „In Deutschland besteht Unzufriedenheit mit der auswärtigen Politik der Regierung. Die Gefahr für Europa bei den jetzigen Wahlen liegt darin, daß an eine schnelle auswärtige Politik appelliert werden kann, um eine Regierungsmehrheit zu sichern. Wenn Bismarck dieser Versuchung nachgibt, so wird viel Unbehagen in Europa herrschen.“

Die Times schreibt, Bismarcks zweite Verleugnung nicht den Eindruck, daß eine große konstitutionelle Frage, vielleicht die größte aller konstitutionellen Fragen, die Beschränkung der Macht des Parlaments und des Budgetrechtes, zur Sprache komme. Wie diese Frage bei den kommenden Wahlen entschieden wird, welche Anstrengungen die Regierung und ihre Gegner machen werden, um die Entscheidung zu beeinflussen, das wird in der ganzen Welt mit tiefstem Interesse verfolgt werden.“ — Der Daily Telegraph schreibt: „Hinter aller Erregung und Neugiertheit steht die wachsende Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung.“

Es besteht das Verlangen nach einem konstitutionellen Wechsel, der dem Volk Kontrolle über die kaiserliche Politik gibt. Die kommenden Wahlen, die mit gespanntem Interesse in ganz Europa verfolgt werden, werden am besten zeigen, wie weit die politische Wärmung im deutschen Volk vorgeschritten ist.“

Politische Uebersicht.

Tag-Dementi. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sieht sich abermals, wie so oft, in der unangenehmen Lage, eine dem Kaiser zugeschriebene Aeußerung schände dementieren zu müssen. Sie meldet geborjanst an hervorragender Stelle:

„In der ausländischen Presse wird mit einem angeblichen Telegramm Sr. Majestät des Kaisers an den Reichskanzler über die Auflösung des Reichstags Unfug getrieben. Aus dem Inhalt

dieser Depesche wird mit dem Anschein wörtlicher Wiedergabe der Sach angeführt:

„Ich jage die ganze Bande zum Teufel.“

Der Londoner Daily Express beschäftigt sich in zwei Nummern des längeren mit der Geschichte; wir begnügen ihr aber auch in Wiener Blättern. Selbstverständlich handelt es sich um eine plumpe Erfindung. Dem Reichskanzler ist ein Telegramm des Kaisers, das die angeführte oder eine ähnliche Wendung enthielt, nicht zugegangen. Während der letzten Reichstagsitzungen traf beim Reichskanzler überhaupt keine kaiserliche Drahtmitteilung ein.

Dieses Dementi ist höchst lieberliche Arbeit. Zunächst ist es ganz unrichtig, daß in der ausländischen Presse mit der zitierten Depesche „Unfug“ getrieben worden ist. Die Nachricht von dem kaiserlichen Telegramm wurde in der letzten Reichstagsitzung aus sehr guter Quelle verbreitet — daß das Telegramm selbst während der letzten Reichstagsitzungen direkt im Reichstage eintraf, ist nirgends gesagt worden. Auch hat niemand behauptet, daß der Text der Depesche laute: „Ich jage die ganze Bande zum Teufel“, es wurde vielmehr gesagt, daß es heiße:

„Ich jage die ganze Bande nachhause.“

Das offiziöse Tag-Dementi ist also eine furchtbare Ungeheuerlichkeit. Es verleiht der strittigen Angelegenheit nicht nur eine ganz außerordentliche Publizität, sondern es erweckt auch bei den vielen Ungläubigen, die alles, was die Norddeutsche dementiert, schon eben deswegen für richtig halten, den falschen Anschein, als ob der Kaiser wirklich telegraphisch hätte:

„Ich jage die ganze Bande zum Teufel“

während in Wirklichkeit doch nur behauptet worden war, die Depesche habe gelautet:

„Ich jage die ganze Bande nachhause.“

Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn nächsten in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung „dementiert“ wird, daß überhaupt die ganze Bande gar nicht nachhause gelagt worden ist, und daß die Auflösung des Reichstags, die von der ganzen ausländischen Presse als ein Akt des persönlichen Regiments gekennzeichnet wurde, selbstverständlich bloß eine plumpe, von den Feinden des Reichs aufgebrachte Erfindung sei.

Zur Reichstagswahlbewegung.

Zu Baden.

Die Blockaktion der Liberalen

Soll zunächst in der Weise durchgeführt werden, daß in sämtlichen Wahlkreisen nur ein liberaler Kandidat aufgestellt wird. Lediglich im Wahlkreis Lörrach-Müllheim bleibt es weiterhin Verhandlungen vorbehalten, ob die Freisinnigen sofort für Plankandidaten eintreten oder zunächst eine Wahlkandidatur aufstellen und dann in der Stichwahl für die Nationalliberalen stimmen. Wahrscheinlich ist Konstanzer oder Badener Demokraten zur Bestimmung des Kandidaten zugehört. In Mannheim und Forstheim sollen linksstehende Nationalliberalen aufgestellt werden. Die Nationalsozialen haben die Absicht, in Freiburg eine Kandidatur zu verlangen, fallen lassen, schließen sich aber der Blockaktion an. Der Kampf soll sich in erster Linie gegen das Zentrum richten.

Kandidaturen in Baden.

Im 1. Wahlkreis beabsichtigt das Zentrum an Stelle des bisherigen Abg. Hug, der eine Wiederwahl ablehnt, den Baron von Stotzingen aufzustellen.

Im 2. Wahlkreis kandidiert für das Zentrum der bisherige Abgeordnete Gutsbeifer Duffner.

Im 3. Wahlkreis (Schopfheim-Säckingen) kandidiert Genosse Müller-Schopfheim.

Im 4. Wahlkreis (Lörrach-Müllheim) werden unsere Genossen den Arbeitersekretär Kießling (Müllheim) aufstellen.

Präsident Bender, der bisherige Vertreter des 5. Wahlkreises, hat die ihm von einer in Baden-Baden stattgefundenen Zentrumsversammlung angebotene Kandidatur wieder angenommen.

Freiburg. Der bisherige Zentrumsabgeordnete Marbe wird nicht mehr kandidieren.

Den 5. badischen Reichstagswahlkreis hat Rechtsanwalt Marbe von 1884 bis 1887 und seit 1890 im Reichstag vertreten. Herr Marbe war der Abgeordnete, der erklärt, der Volkstisch müsse unserer Landwirtschaft keinen Deut, der aber trotzdem für den Sozialismus stimmte.

Karlsruhe. Der bisherige Vertreter des 3. badischen Reichstagswahlkreises Waldshut-Säckingen, wird auch nicht mehr kandidieren.

Im Reich.

Die Diktatur der militärischen Kommandogewalt

über die Volksvertretung, nichts mehr und nichts weniger proklamiert das offiziöse Bismorganz, die Nordd. Allg. Ztg. Nicht um den Kampf gegen den Ultramontanismus schlechthin handelt es sich für die Regierung, sondern um den Kampf gegen den „unbotmäßigen“ Ultramontanismus, der es wagte, sich der militärischen Kommandogewalt zu widersetzen.

„Es handelt sich nicht... um einen Kampf gegen die katholische Kirche und Religion, auch nicht einmal gegen das Zentrum als konfessionelle Partei, sondern um einen Kampf gegen das Zen-

trum aus dem Grunde, weil es berufen war, als Mehrheitspartei die Regierung, ohne zu markieren und zu feilschen, in allen das Wohl und Wehe des Vaterlandes tief und nahe berührenden Fragen zu unterstützen, diesen Beruf aber nicht mehr erfüllt... hat.“

Wir quittieren diese Offenherzigkeit, durch welche die gepanzerte Faust für den Reichstag proklamiert wird. „Und willst du mir nicht willig sein, so schlag ich dir den Schädel ein!“ Jetzt ist das dem Zentrum passiert, morgen kann es dem „liberalen Block“ passieren, wenn er sich nicht unter das laubhüchliche Joch des persönlichen Regiments zwingen läßt.

„Es (das Zentrum) will sich in Dinge mischen, die der Sphäre der militärischen Kommandogewalt angehören und das Zentrum bei Leib und Leben nichts angehen.“

Den Reichstag und seine Parteien — geht also „bei Leib und Leben nichts an“, wie viel Hunderte von Millionen in einem elenden und ruhmlosen Kolonialkriege verpulvert werden; er hat sich einfach der militärischen Kommandogewalt zu fügen! Und Arm in Arm mit einer solchen Regierung will der „geeinigte Liberalismus“ in den Kampf ziehen, um die „Ehre Deutschlands“ zu retten. Die wissen nicht mehr, was sie tun!

W. Der Reichstagswahlkampf

im Elsaß ist nunmehr von der sozialdemokratischen Partei eröffnet worden. Im Vordergrund stehen die aussichtsreichen Kandidaturen in Straßburg und Müllhausen, wo unsere Genossen die bisherigen Kandidaten Böhle und Emmel aufgestellt haben. Ueber die Aufstellung bürgerlicher Kandidaturen ist bestimmtes nicht bekannt.

Die Guadenjonne des verhassten Absolutismus leuchtet über den Freisinnshelden. So rühmt die Nordd. Allg. Ztg. die Freisinnige Volkspartei, weil sie auf ihrer Berliner Tagung gegen den Kampf gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie proklamiert habe, und freut sich darüber, wie frisch und tapfer sie in dem geschichtlichen Moment „das nationale Banner vorantreibt“.

Den Dank hat der Freisinn verdient. Ob er ihm aber was nützt, ist mehr als fraglich.

g. Vom Wahlkampf in Bayern.

Die liberalen „Wahlparteien“ rücken jetzt allmählich mit ihren Wahllisten heraus, in denen sich die große Verlegenheit, die den Herrschenden durch die Reichstagsauflösung verursacht wurde, widerspiegelt. Der Vorsitzende der nationalliberalen Landespartei, Prof. Dr. Geiger in Erlangen, hat einen ganz nichtsagenden Aufruf losgelassen, der nur von der beliebten „Ehre der Nation“ schwafelt, aber mit keinem Worte auf das eingeht, was die Nationalliberalen im nächsten Reichstag wollen. Die Jungliberalen haben sich einen besonderen Aufruf geleistet, der sich hauptsächlich gegen das Zentrum richtet und die Erwartung ausdrückt, daß sich der Block in der gegenwärtigen Situation bewähren werde. Hoffen und Gatten...“

Kandidaturen im Reich.

Im Wahlkreise Höchst-München-Homburg v. d. S. stellen unsere Genossen als Reichstagskandidaten wieder den Genossen Dr. Büchse-Frankfurt am Main auf. Büchse vertrat befaßlich diesen Kreis in der Legislaturperiode 1893—1898.

Wiesbaden. Die sozialdemokratische Partei des hiesigen zweiten nassauischen Wahlkreises (Wiesbaden) wird ihren früheren Kandidaten, den Buchhalter Lehmann aus Mannheim wieder aufstellen.

Bassermann soll im Wahlkreis Duisburg-Müllheim an Stelle des bisherigen Oberkammerhauers Demmer, der ein Mandat nicht mehr annimmt, aufgestellt werden.

In Essen wollen die vereinigten nationalen Parteien Herrn v. Krupp und Bohlen-Salbach die Kandidatur antragen.

Friedrich Raumann kandidiert in dem sicheren freisinnigen Wahlkreis Glogau.

Berlin. Hier kandidieren wieder die bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten.

Berlin. Graf Fiedler-Klein-Nachre hat sich als Reichstagskandidat für den 2. Berliner Wahlkreis aufstellen lassen. Er will in den nächsten Wochen mehrere Wähler-Versammlungen abhalten.

Aus Sachsen. Die bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten kandidieren sämtlich in den Kreisen wieder, von welchen sie gewählt waren.

Moskau. Rechtsanwalt Genosse Herzfeld (Berlin), der bisherige sozialdemokratische Abgeordnete, hat die Kandidatur wieder angenommen.

In Schwiebus-Grossen wird Prof. v. Nitz kandidieren. Mit ihm würde der Reichstag den wohl bedeutendsten Strafrechtswissenschaftler der Gegenwart zum Mitaliege gewinnen. Prof. v. Nitz würde sich der Fraktion der Freisinnigen Vereinigung anschließen.

Badische Politik.

Ein politischer Beleidigungsprozess

fund am Samstag vor dem Konstanzer Schöffengericht statt. Zur Verhandlung kam die Privatklage des Geistl. Rats und Defens Werber in Radolfzell gegen Staatsanwalt Jungmann in Mannheim. Gegenstand der Vorlage war die Aeußerung des Staatsanwalts Jungmanns gelegentlich einer Wahlversammlung in Steinhilgen am 26. Oktober v. Js. tat: „Die Freie Stimme ist das verlogene

